

**Geschäftsführung  
Integrationsrat**

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 20.06.2013

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 04.06.2013, 14:30 Uhr bis 17:30 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:****Vorsitzender**

Herr Tayfun Keltek LDK

**Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates**

Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Lyudmyla Beysorina	Einheit
Frau Barbara Brunelli	GOL
Herr Ekrem Ceylan	KL
Herr Mevlüt Ekinci	KIM
Herr Ali Esen	LB
Frau Antonella Giurano	Bunte
Frau Minu Nikpay	KÖBES
Herr Turan Özküçük	LDK
Herr Dimitri Rempel	Einheit

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Malik Karaman	SPD
Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Efsan Kara	CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Sylvia Laufenberg	FDP Fraktion

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Claus-Ulrich Prölb	Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Herr Dr. Meinolf E. Sprengelmeier	Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie
Frau Gabriele von Dombois	Seniorenvertretung der Stadt Köln

### **Verwaltung**

Frau Jolanta Boldok  
Frau Dagmar Dahmen  
Frau Beigeordnete Henriette Reker  
Frau Kerstin Simon  
Herr Andreas Vetter

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates**

Herr Özkan Aksoy	Aksoy	
Herr Fevzi Bayrak	LB	
Frau Ebru Coban	KL	entschuldigt
Herr Vedat Günes	Integration	entschuldigt
Frau Filiz Kalaman		
Frau Yeliz Karadeli-Yasar	KL	entschuldigt
Herr Serkan Kirli	Mevlana	
Herr Tekin Parmaksiz	SPD	
Frau Suzan Ugursoy	INTERFAMILIA	
Yavuz Yüksel		

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Jörg Uckermann pro Köln

### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Süleyman Ates	Deutscher Gewerkschaftsbund	
Frau Martina Domke	Diakonisches Werk	
Herr Christopher Meier	Agentur für Arbeit	entschuldigt
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband	

## Verwaltung

Frau Dr. Beate Blüggel

vertreten durch Frau Simon

Der Vorsitzende Herr Keltek eröffnet die Sitzung.

Der Vorsitzende Herr Keltek berichtet über ein vom Integrationsrat in der letzten Sitzung gewünschtes Gespräch des Vorsitzenden mit dem Polizeipräsidenten Köln. Anlass war die Unruhe innerhalb der Kölner türkeistämmigen Community nach einem Brand in einem überwiegend von türkeistämmigen Menschen bewohnten Mietshauses in Köln-Höhenberg.

Neben dem Polizeipräsidenten Herrn Albers nahm auch der Oberstaatsanwalt Herr Willwacher sowie einige ihrer Mitarbeiter am Gespräch teil.

Die Polizei berichtete, dass bzgl. des Brandes in Köln-Höhenberg kein Brandbeschleuniger und auch kein technischer Defekt festgestellt wurde und weiterhin in alle Richtungen ermittelt werde.

Auf den Hinweis von Herrn Keltek in diesem Zusammenhang unbedingt auch die Berichterstattung der türkischen Presse zu verfolgen, bestätigte Herr Albers, dass dies bereits gemacht und gegebenenfalls auch hierauf reagiert werde.

Die Anregung von Herrn Keltek türkeistämmige Polizisten gezielt bei solchen Vorfällen einzusetzen um Vertrauen zu schaffen, wurde zur Kenntnis genommen.

Es wurde verabredet bei eventuellen ähnlichen Fällen wie in Köln-Höhenberg direkt Kontakt aufzunehmen, um vertrauensbildende Strategien und Maßnahmen zu vereinbaren.

Auf Nachfrage von RM Herr Karaman, ob den Brandopfern bei der Wohnungssuche geholfen werden könne, verweist die Beigeordnete Frau Reker auf das Regelsystem, welches jeden Wohnungssuchenden, insbesondere im Fall eines Wohnungsverlustes, entsprechend unterstützt.

Die Beigeordnete Frau Reker informiert über die für den 20.06.2013 geplante Eröffnung des ‚Raums der Stille‘ am Flughafen Köln. Hierzu sollen die Mitglieder des ‚Rates der Religionen‘, der Vorsitzende des Integrationsrates Herr Keltek und IRM Herr Aydik, der sich regelmäßig für die Einrichtung dieses Raumes eingesetzt hatte, eingeladen werden.

### Zur Tagesordnung:

- Zum Beschlussvorschlag ‚Interkulturelles Maßnahmenprogramm‘ unter TOP 1.1 schlägt RM Herr Jung vor, die vorgelegte Beschlussvorlage aufgrund der späten Zustellung im Integrationsrat erst am 8.7. intensiv zu beraten und in der Zwischenzeit die Voten der übrigen beteiligten Gremien einzuholen.  
IRM Herr Özkücük wünscht einen ersten Einstieg in die Diskussion ohne abschließende Beschlussfassung.  
RM Herr Helling schlägt aufgrund der späten Zustellung der Beschlussvorlage vor, das ‚Interkulturelle Maßnahmenprogramm‘ in der aktuellen Sitzung lediglich zur Kenntnis zu nehmen und ohne eine inhaltliche Stellungnahme in die Fachausschüsse zu geben. In der Sondersitzung des Integrationsrates am 8.7. solle dann eine inhaltliche Bewertung und Erörterung des ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramms‘ zusammen mit den dann vorliegenden Stellungnahmen aus den Fachausschüssen vorgenommen werden.
- Der Dringlichkeitsantrag von Herrn Keltek zur Mitteilung Diversity Konzept wird unter TOP 5.2 aufgenommen; der TOP 4.4 wird ebenfalls unter diesem TOP besprochen.
- Die Mitteilung zur Fachtagung Salafismus wird unter TOP 4.8 aufgenommen.

Der Integrationsrat genehmigt die Tagesordnung.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung eines neuen Mitgliedes im Integrationsrat

#### **1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**

- 1.1 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln  
4241/2012

#### **2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

- 2.1 Unterbringung muslimischer Kinder in Pflegefamilien  
0744/2013
- 2.2 Beantwortung einer Anfrage zur Opferentschädigung aufgrund des Nagelbombenanschlages in der Keupstrasse  
1211/2013
- 2.3 Beantwortung der Anfrage des Integrationsratsmitglieds Herrn Turan Özküçük zu "Voraussetzungen der Erteilung der Niederlassungserlaubnis EU"  
1220/2013
- 2.4 Beantwortung der Anfrage des Integrationsratsmitglieds Herrn Turan Özküçük zu "Verwaltungsgebühren für türkische Staatsangehörige"  
1224/2013
- 2.5 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln  
1137/2013

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

- 3.1 Anfrage zur Praxis der Einleitung zum Verweis an Förderschulen  
AN/0666/2013
- 3.2 Anfrage zur städtischen Förderung älterer Migrant/-innen  
AN/0674/2013

#### **4 Mitteilungen**

- 4.1 Inanspruchnahme der Familienberatungsstellen in Köln in freier und kommunaler Trägerschaft durch Ratsuchende im Jahr 2012  
0747/2013
- 4.2 Abschließende Fortführung einer Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu  
0940/2013
- 4.3 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2013  
1256/2013
- 4.4 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln  
1305/2013
- 4.5 "Das ist Zukunft" - eine Studie zum Kölner Rucksack-Programm  
1084/2013
- 4.6 Aktion des "Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung" zum Internationalen Tag gegen Rassismus 2013  
1669/2013
- 4.7 Statistischer Jahresbericht der Ausländerbehörde - 2012  
1188/2013
- 4.8 Information und Einladung zur Fachtagung "Salafismus in Deutschland: Erscheinungsformen und Ansätze für die Präventionsarbeit im Jugendbereich"  
1763/2013

#### **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

- 5.1 Antrag auf Bereitstellung von Finanzmitteln zur Durchführung einer Veranstaltung zum 20. Jahrestag des Brandanschlages in Solingen  
AN/0687/2013
- 5.2 Antrag auf Rücknahme der Organisationsverfügung aus der Mitteilung ‚Personelle Ressourcen stärken – Diversity-Management für die Stadt Köln‘ zu TOP 4.4  
AN/0730/2013

**6 Berichte**

6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

**7 Beschlussvorlagen**

7.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:  
Zentrum für Bildung und Integration in Mülheim e.V. (ZEBIT)  
0509/2013

**8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

## I. Öffentlicher Teil

### **Verpflichtung eines neuen Mitgliedes im Integrationsrat**

Das zu verpflichtende neue Mitglied des Integrationsrates ist nicht anwesend.

#### **1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**

##### **1.1 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln 4241/2012**

In der Diskussion zur Tagesordnung war zu TOP 1.1 vereinbart worden lediglich das weitere Verfahren beim Umgang mit der Vorlage zu diskutieren.

RM Herr Helling beschreibt, dass es sich hier aus seiner Sicht noch nicht um ein komplettes ‚Interkulturelles Maßnahmenprogramm‘ handele, sondern um eine umfassende Darstellung des aktuellen Sachstandes integrativer Maßnahmen innerhalb der Stadtverwaltung. Diese Darstellung wurde inhaltlich verknüpft mit den Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppen und den Schwerpunktzielsetzungen des Integrationsrates für die Wahlperiode 2009 – 2014. In der Vorlage fehlen aber aus seiner Sicht noch die konkreten Aussagen zu zukünftigen Maßnahmen bzw. eine entsprechende Prioritätssetzung dieser Maßnahmen.

Herr Helling sieht aufgrund der Umfänglichkeit der Vorlage die Gefahr, dass diese von den Fachausschüssen lediglich zur Kenntnis genommen werde, ohne dass in einer vertiefenden Debatte eine intensive kritische Würdigung sowie konstruktive Sicht in die Zukunft vorgenommen werden würde.

Eine Möglichkeit sei es daher, durch das noch vorhandene Interkulturelle Referat und das jeweilige Fachmitglied der verwaltungsinternen Steuerungsgruppe den Fachausschüssen den aktuellen Stand und eine mögliche zukünftige Entwicklungen integrativer Maßnahmen ihres Themenbereiches zu präsentieren. Dieses Verfahren bedürfe allerdings einer gewissen Vorbereitungszeit und sei zum Juni / Juli 2013 nicht mehr zu leisten.

Daher sei ein zweiter Durchgang der Vorlage zu überlegen. Dieser setze dann aber ein sehr gut funktionierendes künftiges Kommunales Integrationszentrum (KIZ) voraus, um z.B. im Herbst 2013/Frühjahr 2014, und damit rechtzeitig zu den Haushaltsplananmeldungen für den Haushalt 2015, eine qualifizierte Beratung in den Ausschüssen sicher zu stellen.

IRM Herr Özküçük unterstützt den Vorschlag von Herrn Helling. Er dankt der Verwaltung für die übersichtliche Darstellung integrativer Maßnahmen im ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramm‘. Herr Özküçük sieht, trotz eventueller Probleme bei einer konkreten Finanzierung, dennoch die dringende grundsätzliche Notwendigkeit der konzeptionellen Erarbeitung neuer Maßnahmen.

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker kann den Wunsch nach einer gesonderten thematischen Aufbereitung für die Fachausschüsse grundsätzlich nachvollziehen. Sie weist darauf hin, dass hierdurch allerdings personelle Ressourcen gebunden werden

würden, die an anderer Stelle dann nicht mehr zur Verfügung stünden.

Eingehend auf Herrn Ozkücük macht Frau Reker deutlich, dass es bereits eine ganze Menge integrativer Maßnahmen gebe und die Expertengruppen bereits weitergehende Anregungen gemacht hätten. Diese sollten – wie dem Beschlussvorschlag zu entnehmen sei – im Integrationsrat und den Fachausschüssen beraten und dann ggfls. in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.

Das beratende Mitglied Herr Dr. Sprengelmeier verweist darauf, dass einige Themen wie z.B. ‚Beruf und Arbeitsmarkt‘ zwar im ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramm‘ vorgesehen, allerdings inhaltlich noch nicht ausgeführt worden seien.

RM Herr Helling modifiziert seinen eben gemachten Vorschlag.

Er schlägt vor, erst das Ergebnis der Beratungen in den Ausschüssen abzuwarten und diese in der Sondersitzung am 08.07. zu bewerten. Falls sich dort seine Befürchtung bestätigten, dass eine qualifizierte Diskussion aufgrund der Umfänglichkeit der Vorlage nicht zustande komme, müsse der von ihm angeregte zweite Durchgang überlegt werden.

Eine weitere zu klärende Verfahrensfrage ist aus seiner Sicht die Rolle der Expertengruppen und der verwaltungsinternen Steuerungsgruppe im Kontext des ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramms‘.

RM Frau Schmerbach unterstützt die Ausführungen von Herrn Helling und rät, einen Zeitrahmen zur Bearbeitung des Themas zu setzen.

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat nimmt das vorliegende ‚Interkulturelle Maßnahmenprogramm‘ aufgrund der Kurzfristigkeit der Vorlage ohne weitere inhaltliche Bewertung zur Kenntnis. Der Integrationsrat beschließt das Ergebnis der Beratungen dieser Vorlage in den Fachausschüssen in einer Sondersitzung am 08.07. zu bewerten und auf dieser Grundlage das weitere Verfahren zu diskutieren.

## **2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

### **2.1 Unterbringung muslimischer Kinder in Pflegefamilien 0744/2013**

Die Vorsitzende Herr Keltek bittet im Namen des Gremiums die Antwort der Verwaltung auch der türkischen Presse zur Kenntnis zu geben.

Einleitend gibt der stellvertretende Leiter des Jugendamtes Herr Völlmecke zum Thema grundsätzliche Informationen.

‚Hilfen zur Erziehung‘ werden in der Regel aufgrund eines Antrages der Eltern vom Jugendamt angeboten und eingerichtet. Ziel ist es hierbei immer eine einvernehmliche Einigung über Hilfestellungen für die Kinder zu finden. Diese Hilfen finden überwiegend innerhalb des Elternhauses statt.

Eine ‚Unterbringung von Kindern‘ außerhalb des Elternhauses (in einer Heimeinrichtung oder Pflegefamilie) erfolgt, wenn Kinder aus Kinderschutzgründen nicht mehr im Elternhaus bleiben können oder die Eltern aus unterschiedlichsten Gründen ihren Erziehungsauftrag nicht mehr erfüllen können (Krankheit, Tod etc.).

Herr Völlmecke verweist deutlich darauf, dass in der Vergangenheit in Köln lediglich in einem Fall ein muslimisches Kind in einer christlichen Familie und ein christliches Kind



in einer muslimischen Familie untergebracht wurde. Im Vordergrund steht hierbei immer das Wohlergehen des Kindes.

IRM Herr Özküçük verweist auf die andauernde polarisierende Diskussion in der türkischen Presse und dass aus seiner Sicht derzeit noch ein grundsätzliches Misstrauen der türkischen Eltern gegenüber der Rolle und Aufgabe der Jugendämter bestehe. Er regt an, türkische Eltern als Pflegeeltern auszubilden.

Der Vorsitzende Herr Keltek verweist in diesem Zusammenhang auf die dringende Notwendigkeit der Interkulturellen Öffnung gerade auch des Jugendamtes.

Die Verwaltung Herr Völlmecke führt auf Nachfrage aus, dass Verwandtenpflege und Vollzeitpflege finanziell gleichgestellt sind. Er erläutert, dass der in Antwort 5 beschriebene ‚Familiäre Bereitschaftsdienst‘ eine akute kurzfristige Notaufnahme für Kinder in Krisensituationen sei, im Gegensatz zu einer geplanten erzieherischen Hilfe in einer Pflegefamilie. Das Jugendamt arbeitet je nach Situation selbstverständlich in enger Kooperation mit den anderen Ämtern der Stadtverwaltung eng zusammen. Es gibt ein Informationsheft für die Suche nach neuen Pflegefamilien, welches gerne zur Verfügung gestellt wird.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **2.2 Beantwortung einer Anfrage zur Opferentschädigung aufgrund des Nagelbombenanschlages in der Keupstrasse 1211/2013**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

## **2.3 Beantwortung der Anfrage des Integrationsratsmitglieds Herrn Turan Özküçük zu "Voraussetzungen der Erteilung der Niederlassungserlaubnis EU" 1220/2013**

Auf Nachfrage von IRM Herr Özküçük beantwortet die Verwaltung Frau Dahmen noch eine ergänzende Detailfrage.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **2.4 Beantwortung der Anfrage des Integrationsratsmitglieds Herrn Turan Özküçük zu "Verwaltungsgebühren für türkische Staatsangehörige" 1224/2013**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

## **2.5 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln 1137/2013**

Der Vorsitzende Herr Keltek warnt vor Rassismus gegenüber dem in Rede stehenden Personenkreis der ‚Armutsfüchtlinge‘.

RM Frau Mucuk schließt sich dieser Anmerkung ausdrücklich an und dankt für die informative Beantwortung der Verwaltung.

RM Herr Helling dankt gleichfalls und bittet darum, eine Anfrage der Grünen zu den Handlungsmöglichkeiten der Kommune aus dem Ausschuss für Soziales und Senioren und deren Beantwortung, ebenfalls im Integrationsrat vorzulegen.

IRM Frau Brunelli kritisiert die benutzte Begrifflichkeit ‚Armutszuwanderung‘ als Kriterium unter dem dieser Personenkreis behandelt werde. Sie warnt davor, gerade auch im Integrationsrat, diesen Personenkreis ausschließlich als Problem zu sehen, statt in dieser Zuwanderung auch eine Chance zu erkennen.

Die Verwaltung Frau Reker erläutert, dass der Titel der Beantwortung sich am Titel der ursprünglichen Anfrage orientiert hat und sieht ebenfalls durchaus die Notwendigkeit diesen Begriff vorsichtig zu benutzen und z.B. in Anführungsstriche zu setzen. Frau Reker verweist darauf, dass hierzu noch vor der Sommerpause eine Fachveranstaltung stattfinden soll.

RM Herr Jung dankt für die ausführliche Beantwortung und Beifügung des Städtetagepapiers.

RM Herr Detjen sieht das Problem in der Diskussion zum Thema darin, dass gesellschaftlich immer noch nicht realisiert worden sei, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. Er berichtet von Problemen von Wanderarbeitern bei der Stellplatzsuche zum vorübergehenden Aufenthalt in Köln.

RM Herr Jung berichtet, dass es für diesen Personenkreis in Köln-Junkersdorf sehr wohl einen Stellplatz gebe, der genutzt werden könne und auch genutzt wird.

Der Vorsitzende Herr Keltek bittet die Verwaltung aufgrund der Meinungsverschiedenheit darüber zu informieren, ob es diesen Platz gebe.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

#### **3.1 Anfrage zur Praxis der Einleitung zum Verweis an Förderschulen AN/0666/2013**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

#### **3.2 Anfrage zur städtischen Förderung älterer Migrant/-innen AN/0674/2013**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

## **4 Mitteilungen**

### **4.1 Inanspruchnahme der Familienberatungsstellen in Köln in freier und kommunaler Trägerschaft durch Ratsuchende im Jahr 2012 0747/2013**

Auf Nachfrage von RM Frau Mucuk, inwieweit bei einem 42%-tigen Anteil von Familien mit Migrationshintergrund bei den Familienberatungsstellen auch Rücksicht auf die Interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genommen werde, erläutert die Verwaltung Herr Völlmecke, dass ein Großteil der Familienberatungsstellen entsprechende Personaleinstellungen vornehmen würden und es mit der Internationalen Beratungsstelle eine spezialisierte Beratungsstelle gebe, in der 7 -8 Sprachen gesprochen werden.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **4.2 Abschließende Fortführung einer Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu 0940/2013**

Auf Nachfrage von RM Herr Jung erklärt die Verwaltung Frau Reker, dass weiterhin seitens der Verwaltung regelmäßig nachgefragt werde, wie eine Finanzierung sichergestellt werden könne.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **4.3 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2013 1256/2013**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

### **4.4 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln 1305/2013**

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter TOP 5.2 mitbehandelt.

### **4.5 "Das ist Zukunft" - eine Studie zum Kölner Rucksack-Programm 1084/2013**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.6 Aktion des "Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung" zum Internationalen Tag gegen Rassismus 2013  
1669/2013**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.7 Statistischer Jahresbericht der Ausländerbehörde - 2012  
1188/2013**

Die Verwaltung Frau Dahmen beantwortet verschiedene Nachfragen des Gremiums.

- Anstieg von Fiktionsbescheinigungen: ein Grund für den beschriebenen Anstieg ist, dass hier auch Verlängerungen mitgezählt werden. Diese Verlängerungen werden oftmals ausgestellt, um dem Antragsteller die Gelegenheit zu geben weitere Unterlagen beizubringen. Es gibt auch Fälle, in den Bezirksausländerämtern aufgrund Arbeitsüberlastung Fiktionsbescheinigungen ausstellen.
- Geringe Zahl von Integrationskursen in 2012: zur Zeit sind 1.196 Berechtigungen zur Teilnahme an Integrationskursen ausgesprochen; dies ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr.
- Rückgang der Einbürgerungszahlen: der Rückgang bei den Einbürgerungen ist der aktuellen engen personellen Situation geschuldet.
- Personalsituation in den Bezirksausländerämtern: der aktuelle Personalbestand ist zu gering.
- Aufgabe von Staatsangehörigkeiten: hierzu ist in Köln nichts bekannt; dies ist statistisch nicht zu erfassen.
- Doppelte Staatsangehörigkeit: hierzu gibt es mit den einzelnen Ländern sehr unterschiedliche Abkommen und Regelungen.

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker beschreibt, dass die von Frau Dahmen für die Ausländerbehörde beschriebene Personalsituation aufgrund der aktuellen Haushaltsslage der Stadt auch in allen anderen Bereichen der Stadtverwaltung bestehe. Krankheits- und urlaubsbedingte Ausfälle können nicht kompensiert und Arbeit muss im gemeinsamen Diskussionsprozess priorisiert werden. Diese Situation wird sich in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht ändern.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.8 Information und Einladung zur Fachtagung "Salafismus in Deutschland: Erscheinungsformen und Ansätze für die Präventionsarbeit im Jugendbereich"  
1763/2013**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

## **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

### **5.1 Antrag auf Bereitstellung von Finanzmitteln zur Durchführung einer Veranstaltung zum 20. Jahrestag des Brandanschlages in Solingen AN/0687/2013**

Der Antragsteller Herr Keltek skizziert die geplante Veranstaltung des Integrationsrates mit dem Herrn Oberbürgermeister Roters am 26. Juni im Kölner Rathaus.

#### **Beschluss:**

„Der Integrationsrat beschließt zur Durchführung einer Veranstaltung zum 20. Jahrestag des Brandanschlages in Solingen insgesamt maximal 1.400,- € zur Verfügung zu stellen“.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

### **5.2 Antrag auf Rücknahme der Organisationsverfügung aus der Mitteilung ‚Personelle Ressourcen stärken – Diversity-Management für die Stadt Köln‘ zu TOP 4.4 AN/0730/2013**

Der Dringlichkeitsantrag wird gemeinsam mit der Mitteilung unter TOP 4.4 behandelt.

Der Antragsteller Herr Keltek erläutert kurz seinen Dringlichkeitsantrag. Er verweist darauf, dass sich der Integrationsrat in den vergangenen Jahren wiederholt und qualifiziert mit der Verwaltungsorganisation integrativer Arbeit befasst hat.

RM Frau Schmerbach äußert Verständnis für die Kritik an der Mitteilung zur Diversity Dienststelle und appelliert daran, Diversity als eine Chance inklusiver Arbeit bei der Vertretung von Minderheiten im Sinne einer Querschnittsaufgabe zu nutzen und verweist auf den bestehenden Ratsentscheid. Da der Haushalt bereits durch den Rat beschlossen sei, können SPD und Grüne dem Antrag von Herrn Keltek so nicht zustimmen.

Frau Schmerbach formuliert einen Ersetzungsantrag. Hier soll in einer gemeinsamen Fachtagung die Chance genutzt werden, die bereits vom Rat beschlossene Punktdienststelle Diversity, in einer gemeinsamen breiten Diskussion der Begrifflichkeiten und unter Einbeziehung der unterschiedlichsten Stellungnahmen, inhaltlich zu optimieren.

RM Herr Helling kann den Antrag von Herrn Keltek in dieser Form nicht unterstützen und kündigt für die Mitglieder der Grünen eine Enthaltung an.

Herr Helling erklärt allerdings, dass er die Kritik an der Verwaltung nachvollziehen zu könne und sieht –vorsichtig ausgedrückt– eine Missachtung der Forderungen des Integrationsrates nach Bildung einer schlagkräftigen Verwaltungsstruktur zur Begleitung des Themas Integration durch die Verwaltung und auch durch den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen. Allerdings werde in der vorliegenden Mitteilung lediglich über die Umsetzung eines beschlossenen Ratsauftrages informiert.

Er führt aus, dass wie von Frau Schmerbach bereits erläutert, die verschiedenen noch völlig offenen Fragen der Kompetenzverteilung, der Innenstruktur der Diversity Dienststelle, der Eigenständigkeit des Kommunalen Integrationszentrums und des Büros der Behindertenbeauftragten, der Berücksichtigung der unterschiedlichen Ziel-

gruppenpolitik bei der Erstellung eines Diversity Konzeptes etc., in einer öffentlichen Fachtagung mit den verschiedenen Zielgruppenorganisationen, der Politik, externen Fachleuten und der zuständigen Dezernentin diskutiert werden sollen, um eine einvernehmliche und konstruktive Lösung zu finden.

IRM Herr Özkücük erklärt, dass grundsätzlich ohne Personal auch keine Leistung erfolgen könne. Mit einer derartigen Kürzung beim Personal könne keine vernünftige Integrationsarbeit erfolgen. Wenn sich der Integrationsrat ernst nehme, müsse er den Antrag von Herrn Keltek unterstützen und gleichzeitig die Bereitstellung von mehr Personal fordern, um die Integrationsarbeit angemessen zu erledigen. Die Durchführung einer Fachtagung erinnere ihn das Sprichwort ‚wenn ich nicht mehr weiterweiß‘, gründ‘ ich einen Arbeitskreis‘.

RM Herr Jung erinnert die Fraktionen an den gemeinsamen Beschluss im Rat. Daher könnten die Mitglieder seiner Fraktion dem Antrag von Herrn Keltek nicht zustimmen. Herr Jung aber erklärt die Unterstützung des von Frau Schmerbach vorgetragenen Antrages. Hier müsse auch über Personal gesprochen werden, denn es dürfe nicht an der falschen Stelle gespart werden.

RM Herr Detjen unterstützt den Antrag von Herrn Keltek und hält ihn vor dem Hintergrund der bisherigen Beschlüsse im Integrationsrat für konsequent. Im Zusammenhang mit der Mitteilung über die Diversity Dienststelle jetzt von einer Chance zu sprechen, hält er für verspätet. Auch sei die Durchführung einer Fachtagung im Herbst 2013 eine Farce, da die Verwaltung bereits zum jetzigen Zeitpunkt zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Diversity Dienststelle ein Konzept erarbeiten und umsetzen müsse. Herr Detjen hält den Ratsbeschluss zu Diversity für einen schweren Fehler.

Der Vorsitzende Herr Keltek nennt die Bildung der Dienststelle Diversity scheinheilig, weil sie keine neuen tatkräftigen Strukturen organisiere, sondern lediglich von den massiven Kürzungen ablenken solle. Unter Beibehaltung der Stellen der alten RAA und des alten Interkulturellen Referates mit insgesamt 14 Stellen und Aufstockung um die 5,5 landesfinanzierten Stellen, könnte er der organisatorischen Bildung einer Diversity Dienststelle zustimmen. Aber angesichts der hier vorgenommen massiven Kürzungen müsse sich der Integrationsrat jetzt treu bleiben, auch wenn ihm persönlich klar sei, dass gegen den bereits verabschiedeten Ratsbeschluss nichts mehr unternommen werden könne.

RM Frau Laufenberg wundert sich über die neuerliche Diskussion und verweist auf den gemeinsam verabschiedeten Ratsbeschluss zu Diversity und den Beschluss zum Doppelhaushalt mit den entsprechenden Stellenkürzungen. Sie kritisiert das Abstimmungsverhalten anderer Fraktionen im Integrationsrat und dass der Öffentlichkeit vorgaukelt werde, dass diese Beschlüsse noch geändert werden könnten. Es sei richtig das Konzept zu Diversity erst einmal abzuwarten, an dem dann sicherlich einiges zu diskutieren sei, aber es dürfe nicht suggeriert werden, dass Diversity nicht komme. Frau Laufenberg erklärt den Antrag von Herrn Keltek abzulehnen.

RM Frau Mucuk stellt noch einmal fest, dass der Ratsbeschluss verabschiedet wurde und die Einrichtung einer Diversity Dienststelle feststehe. Allerdings bestehe jetzt die Möglichkeit Einfluss auf die inhaltlich konzeptionelle Gestaltung und Ausrichtung zu nehmen, weshalb die Fachtagung am besten vor der Konzepterstellung stattfinden solle.

Bezgl. des Antrages von Herrn Keltek erklärt sie für die Abstimmung die Enthaltung der Mitglieder ihrer Fraktion.

RM Frau Schmerbach bittet die Mitglieder des Integrationsrates dem Ersetzungsantrag zuzustimmen, um auf das Konzept von Diversity Einfluss nehmen zu können. Sie verweist darauf, dass durch eine Zusetzung von mehr Stellen nicht automatisch ein besseres Konzept entstehe.

RM Herr Helling führt aus, dass konzeptionell bzgl. der Diversity Dienststelle noch nichts entschieden sei. Er bittet die Verwaltung zu der von Herrn Keltek im Antrag beschriebenen Personalsituation Stellung zu nehmen.

Zu den beiden jetzt vorliegenden Anträgen, dem Dringlichkeitsantrag von Herrn Keltek und dem von Frau Schmerbach formulierten Antrag zur Durchführung einer Fachtagung, regt Herr Helling an, nicht mit der Begrifflichkeit Ersetzungsantrag zu arbeiten. Da sich der Integrationsrat sicherlich mit der Durchführung einer Fachtagung einverstanden erklären wird, plädiert er dafür, beide Anträge einfach getrennt abstimmen zu lassen.

Der Vorsitzende Herr Keltek erklärt sich mit diesem Verfahrensvorschlag von Herrn Helling einverstanden.

IRM Frau Brunelli erklärt ihr Verständnis dafür, dass die Ratsmitglieder nicht gegen ihren eigenen Ratsbeschluss votieren können, bittet aber diese im Gegenzug auch um Verständnis dafür, dass die Integrationsratsmitglieder nicht gegen die von ihnen entschieden Anträge beschließen können.

Der Integrationsrat könne nicht sein Einverständnis für eine 60%-tige Einsparung geben, wenn er sich gleichzeitig immer für eine Stellenausweitung eingesetzt habe. Frau Brunelli hält die geplante Fachveranstaltung grundsätzlich für hilfreich, auch wenn es ihrer Arbeitslogik widerspreche zuerst eine Dienststelle einzurichten und erst später das Konzept dazu zu erarbeiten.

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker beschreibt noch einmal das Zusammenfallen verschiedener Faktoren wie die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung im Interkulturellen Referat, der Auftrag zur Gründung eines Kommunalen Integrationszentrums, der Prüfauftrag zur Einrichtung einer Diversity Stelle und der verschiedenen Prüfaufträge des Integrationsrates.

Sie erinnert daran, dass alles, was die Verwaltung jetzt vorgelegt habe, auf der Grundlage dieser vom Rat selbst beschlossenen Rahmenbedingungen erfolgt sei. Sie sehe jetzt mit der Bildung einer Diversity Dienststelle die Möglichkeit Zielgruppenarbeit und auch Diversityarbeit zu machen.

Eingehend auf die Nachfrage zur Stellensituation erklärt Frau Reker, dass es im bisherigen Interkulturellen Referat 6 Plan- und 2 Übersollstellen und in der bisherigen RAA 4,64 Plan- und zwei Lehrerstellen des Landes gegeben habe.

Zukünftig gebe für das Kommunale Integrationszentrum die 6.64 Stellen der bisherigen RAA plus die um 1,5 Stellen erhöhte Landesförderung, sowie 2,5 Stellen des bisherigen Interkulturellen Referates. Damit sei eine Einsparung von 5,5 Stellen erfolgt, wobei hier die beiden Übersollstellen mit angerechnet worden seien.

Frau Reker erhofft sich durch die Zusammenlegung eine konzentriertere Aufgabenerledigung.

Eingehend auf die geplante Fachveranstaltung sieht Frau Reker hier die Möglichkeit die von der Verwaltung erarbeiteten Eckpunkte zur Diversity Dienststelle in der Fachöffentlichkeit zu diskutieren. Keinesfalls dürfe aber die Fachveranstaltung zum basisdemokratischen Prozess einer Definition von Diversity werden. Hier sollen einerseits Eckpunkte zur Zielgruppenarbeit im Bereich Interkulturelles, Menschen mit Behinderung und Lesben, Schwule und Transgender vorgestellt und andererseits Diversity als Chance nach innen und außen diskutiert werden.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über die beiden vorliegenden Anträge abstimmen.

### **Beschluss 1:**

„Der Integrationsrat kritisiert den Umgang der Verwaltung mit dem Thema Integration in einer Großstadt wie Köln und fordert die Organisationsverfügung zurückzunehmen.“

### **Beschluss 2:**

„Der Integrationsrat fordert die Verwaltung auf, nach den Sommerferien 2013 eine Fachtagung zum Thema Diversity unter Einbeziehung von Politik (Integrationsrat, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Soziales und Senioren etc.), den Stadtarbeitsgemeinschaften (Behindertenpolitik und Lesben, Schwulen und Transgender) und Organisationen (aus dem Tätigkeitsbereich Inklusion) durchzuführen, um eine höchstmögliche inhaltliche Optimierung des Diversity Managements als Querschnittsaufgabe zu erreichen.“

### **Abstimmungsergebnis zu Beschluss 1:**

Mehrheitlich zugestimmt  
mit

Zustimmungen: 11 Mitglieder (darunter der Vertreter Die Linke)  
Enthaltungen: 5 Mitglieder (Vertreter SPD und Grüne)  
Ablehnungen: 5 Mitglieder (Vertreter der CDU, FDP und IRM Frau Nikpay)

### **Abstimmungsergebnis zu Beschluss 2:**

Mehrheitlich zugestimmt  
mit

Zustimmungen: 19 Mitglieder  
Enthaltungen: 1 Mitglied (Vertreter Die Linke)  
Ablehnungen: keine  
(die Vertreterin der FDP war bei der Abstimmung nicht anwesend)

## **6 Berichte**

### **6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen**

IRM Herr Özküçük informiert als sachkundiger Einwohner des Integrationsrates im Kulturausschuss über einen dort vorgestellten beeindruckenden Jahresbericht des NS-Dokumentationszentrums und regt an, diesen Bericht auch den Mitgliedern des Integrationsrates vorzulegen.

### **6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)**

Der Vorsitzende Herr Keltek berichtet zu Gesprächen des Landesintegrationsrates mit der Landesregierung zur Neufassung des § 27 der Gemeindeordnung. Voraussichtlich wird es zu einer gesetzlichen Neuregelung in den folgenden Bereichen kommen:

- Einführung einer Stellvertreterregelung für gewählte Mitglieder
- Aktives Wahlrecht zur Wahl des Integrationsrates für alle eingebürgerten Migrant/-innen
- Verbesserung der Kompetenzen der Integrationsräte
- Möglichkeit der Zahlung von pauschalen Sitzungsgeldern
- Das Gremium ‚Integrationsrat‘ wird zur Regel; nur mit ausdrücklicher Beschlussfassung des Rates kann ein Integrationsausschuss eingerichtet werden



Der Vorsitzende Herr Keltek berichtet über die Planungen einer Kampagne des Landesintegrationsrates zur Bundestagswahl im Herbst 2013 um die Wahlbeteiligung bei Migrant/-innen zu verbessern. Ein Bestandteil sollen Wahlprüfsteine zum Thema Migration / Integration an die Bundestagskandidaten sein. Herr Keltek hofft hier auf das Einverständnis des Kölner Integrationsrates.

## 7 Beschlussvorlagen

### 7.1 **Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: Zentrum für Bildung und Integration in Mülheim e.V. (ZEBIT) 0509/2013**

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker informiert über das Abstimmungsverhalten in der Bezirksvertretung Mülheim und im Jugendhilfeausschuss.

RM Herr Helling verweist darauf, dass der Entscheid des Jugendhilfeausschusses ‚Zustimmung vorbehaltlich der Zustimmung des Integrationsrates‘ sehr ungewöhnlich sei und auf mögliche inhaltliche Probleme des Ausschusses hindeute. Herr Helling macht auf die aus seiner Sicht bei solchen Vereinen eher untypische offensichtlich sehr gute finanzielle Ausstattung aufmerksam und bittet die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Woher stammen die Finanzmittel des Vereins zum Kauf der Villa Hahnenburg?
2. Woher stammen die Finanzmittel zur Finanzierung von drei pädagogischen Fachkräften?
3. Was bedeutet die Aussage in der Vorlage ‚der Verband steht für parteipolitische Neutralität und Bildungsarbeit, er ist religiös aber nicht ideologisch geprägt‘?
4. Was bedeutet die Aussage in der Vorlage ‚geschlechtsspezifische Arbeit wird geleistet, sie bedarf aber einer konzeptionellen Weiterentwicklung‘?

RM Frau Mucuk führt aus, dass sie den Verband islamischer Kulturzentren kenne und erläutere, dass es sich hier um einen religiös islamisch-sufistisch geprägten, konservativen Verein ohne politische Ambitionen handle. Der Verein mache sehr viel Jugendarbeit, betreibe Schülerwohnheime, trenne in der Jugendarbeit nach Geschlechtern und bilde selber Imame aus. Aufgrund seines hohen Spendenaufkommens ist er ein zahlungskräftiger Verein mit professionellen Strukturen.

RM Herr Jung hat den Verein bereits öfter besucht und sieht kein Problem einer Zustimmung für seine Fraktion

IRM Herr Özküçük ist der Meinung, dass die gestellten Fragen bereits die Antworten beinhalteten. Er plädiert dafür die Zustimmung zu verweigern.

Der Vorsitzende Herr Keltek erinnert daran, dass bei einer Ablehnung allein aufgrund einer islamisch religiösen Ausrichtung, gleichfalls bei christlichen Einrichtungen über eine Ablehnung diskutiert werden müsse.

IRM Frau Nikpay bitte die Verwaltung um Beantwortung der Frage

5. Welche Art von Jugendarbeit wird vom Verein betrieben?

Das beratende Mitglied Herr Sewenig bezweifelt die Interkulturelle Öffnung des Vereins aufgrund der dort praktizierten Geschlechtertrennung.

RM Herr Kara schlägt vor den Verein vorzuladen. Er verweist darauf, dass der Bundesinnenminister vor einem Jahr den Verein besucht habe.

IRM Herr Ekinci kennt den Verein aus seiner beruflichen Tätigkeit und bestätigt die Ausführungen von Frau Mucuk. Er verweist auf die politische Neutralität des Vereins und fordert die Mitglieder auf, sich selber vor Ort ein Bild über dessen Tätigkeit zu machen.

RM Herr Helling erinnert an den Brauch bei Nachfragen die Beschlussfassung entsprechend zu verschieben.

Auf Antrag zur Geschäftsordnung von RM Herr Helling lässt der Vorsitzende Herr Keltek über eine Verschiebung der Beschlussfassung bis zur Vorlage der Antworten abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat beschließt eine Verschiebung der Entscheidung über die Vorlage bis zur Beantwortung der Anfragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich bei einer Enthaltung

### **8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

### **9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

Der Vorsitzende Herr Keltek berichtet über die vom Integrationsrat beschlossene Durchführung einer Veranstaltung anlässlich des 20. Jahrestages des Brandanschlages in Solingen am 26. Juni 2013 im Kölner Rathaus.

RM Frau Mucuk berichtet über die sehr gut besuchte zentrale Gedenkfeier im ehemaligen Bundestag in Bonn zum Solinger Brandanschlag und lobt das gute Programm und die beeindruckenden Reden insbesondere auch von Herrn Keltek.